

TITELSEITE

Kantone und Krankenkassen liegen im Clinch

Wer trägt die Kosten für die leeren Spitalbetten?

Der grosse Ansturm auf die Intensivstationen der meisten Spitäler in der Schweiz ist in den vergangenen Wochen glücklicherweise ausgeblieben. Dennoch haben sich der medizinische Alltag und die finanzielle Situation in den Kliniken grundlegend verändert. Um genügend Platz für schwerkranke Covid-19-Patienten zu schaffen, wurden einerseits neue Abteilungen geschaffen. Andererseits blieben viele normale Betten und die Operationssäle leer. Dies, weil der Bund per Notrecht nur noch dringende Eingriffe gestattete.

Seit Montag nehmen die Ärzte auch wieder Wahleingriffe und Untersuchungen vor, die bisher verboten waren. Allerdings steht bereits jetzt fest, dass in den Rechnungen vieler öffentlicher und privater Kliniken am Ende des Jahres wegen des Lockdown ein finanzielles Loch klaffen wird. Eigentlich wäre es aufgrund der Rechtslage an den Kantonen, diese Defizite zu decken. Doch mehrere Gesundheitsdirektoren, unter ihnen Heidi Hanselmann, die Präsidentin der Gesundheitsdirektorenkonferenz, wollen diese Last nicht allein schultern. Sie verlangen, dass sich die Krankenkassen an der Vergütung der entgangenen Einnahmen beteiligen. Die Krankenversicherer wehren sich vehement gegen das Ansinn

SCHWEIZ SEITE 13

Wer bezahlt zusätzliche Corona-Kosten?

Krankenkassen und Kantone streiten um Abgeltung

Erich Aschwanden

Seit Montag kehrt der medizinische Alltag in die Krankenhäuser zurück. Während Wochen mussten sich die Kliniken auf die Betreuung von schwerkranken Covid-19-Patienten ausrichten. Nicht dringliche Eingriffe und Untersuchungen wurden auf Befehl des Bundes verschoben. Einzelne Abteilungen standen praktisch still. Mehrere Spitäler haben in deshalb Kurzarbeit für jene Mitarbeitenden beantragt, die nicht mit der Pflege von Corona-Patienten befasst waren.

Millionenschaden für Spitäler

Wie hoch die Einnahmeausfälle durch die leeren Betten und Operationssäle sind, lässt sich voraussichtlich erst gegen Ende des Jahres beziffern. Der Aargauer Regierungsrat Jean-Pierre Gallati wagte vor kurzem eine erste Prognose. Auf 60 bis 70 Millionen Franken pro Monat schätzt der Gesundheitsdirektor des bevölkerungsmässig viertgrössten Kantons den Schaden, der den Institutionen im Gesundheitswesen entstehen wird.

Darüber, wer für diese Kosten aufkommen soll, wird bereits heute gestritten. Michael Jordi, Generalsekretär der Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK), erklärte vor einigen Wochen gegenüber der NZZ: «Wir sind daran, das Ausmass der Ertragsausfälle abzuschätzen sowie die Abgeltung abzuklären und zu regeln. Infrage kommen der Bund und die Kantone, aber auch die Krankenversicherer, die derzeit in den Nicht-Corona-Bereichen substanzielle Minderkosten haben.» Gemäss Gallati hat der GDK-Vorstand einen entsprechenden Brief an den Bundesrat geschrieben.

Eine Kostenbeteiligung seitens der Krankenkassen bringt auch GDK-Präsidentin Heidi Hanselmann ins Spiel. Die Versicherer hätten in diesem Jahr weniger hohe Kosten, weil viele Behandlungen aufgeschoben worden seien. Sie

könnten somit ihre Reserven stärken, sagte die St. Galler Gesundheitsdirektorin gegenüber dem «Tages-Anzeiger». Aus der Sicht ihres Aargauer Kollegen Gallati ist es unfair, dass der Kanton auch die Rolle anderer Finanzierer übernehmen müsse. Die Krankenkassen sollen ihr Scherflein aus den Reserven beitragen. Diese lagen Anfang 2019 bei rund 8 Milliarden Franken.

Doch die Krankenversicherer wollen davon nichts wissen. Heftig reagiert hat der Dachverband Curafutura, in dem sich die Versicherer CSS, Helsana, Sanitas und KPT zusammengeschlossen haben. In einer mit «Rugby auf dem Fussballfeld?» betitelten Mitteilung prangert der Verband «das regelwidrige Spiel der Gesundheitsdirektorenkonferenz» an. Auch der Konkurrenzverband Santésuisse wehrt sich gegen eine Überwälzung der Kosten auf die Prämienzahler. Der Verband Curafutura greift seinerseits die Kantone an. Es sei an der Zeit, «einen kritischen Blick auf das Resultat eigener Unterlassungen zu wagen», statt nach den ersparten Geldern der Versicherten zu schielen, heisst es im Communiqué. Kritikpunkte sind aus Sicht der Kassen etwa die unnötig grosse Zahl von Spitälern sowie die bisher nur zaghafte regionale Koordination in der Schweiz. Curafutura habe sich sehr bewusst zu den Äusserungen verschiedener GDK-Mitglieder geäussert, betont Direktor Pius Zängerle: «Dies, weil die Politik zurzeit nicht im Sitzungszimmer stattfindet und wir nicht wollen, dass durch diese Äusserungen das Terrain geebnet würde.» Seitens der GDK habe sich übrigens niemand bei ihm gemeldet. «Wir hätten es begrüsst, wenn wir die Angelegenheit im direkten Gespräch hätten klären können statt über die Medien.»

Nicht erbrachte Leistungen

Die Gesundheitskommission des Ständerats hat sich vergangene Woche mit den finanziellen Lasten befasst, die durch die Corona-Pandemie entstehen. Die Frage, wer die Kosten für die ungenutzten Betten und Operationssäle übernehmen sollte, war dabei noch kein Thema. Doch für den Schwyzer Ständerat Alex Kuprecht (svp.) gibt es in dieser Hinsicht auch nichts zu diskutieren: «Diese Kosten bezahlen sicher nicht die Kassen. Es kommt nicht infrage, dass die Krankenversicherer Leistungen vergüten, die nicht erbracht wurden.»

In dieselbe Kerbe haut sein Ratskollege Erich Ettlín (Obwalden, cvp.): «Die Prämienzahler dürfen doch nicht für Leistungen zur Kasse gebeten werden, die sie gar nie bezogen haben. Das wäre ein Paradigmenwechsel.» Das sage er als Gesundheitspolitiker und nicht als CSS-Verwaltungsrat. Die Verluste seien schliesslich nicht auf die Krankenkassen zurückzuführen, sondern auf den Bund. Dieser habe das Verbot von Wahleingriffen erlassen.

Für SVP-Politiker Kuprecht stehen die Kantone in der Pflicht. Sie müssten die Ausfälle in erster Linie über die gemeinwirtschaftlichen Leistungen decken. Wenn die Höhe der Ausfälle bekannt sei, könnten die Kantone das Gespräch mit dem Bund suchen, der einen gewissen Teil übernehmen könnte, schlägt der Schwyzer Standesvertreter vor.

Den Bund bringt auch die St. Galler SP-Nationalrätin Barbara Gysi ins Spiel: «Es braucht eine Beteiligung der öffentlichen Hand. Ich habe den Bundesrat bereits angefragt, ob er bereit sei, sich an den zusätzlich anfallenden Kosten zu beteiligen.» Gysi ist optimistisch, dass das Loch in den Kassen der Spitäler am Ende des Jahres weniger gross ausfallen wird als befürchtet. Eines ist für die SP-Vertreterin aber klar: «Kliniken, die jetzt Staatshilfe, zum Beispiel in Form von Kurzarbeitsentschädigungen, beziehen, dürfen keine Dividenden, womöglich noch ins Ausland, auszahlen.»

© Neue Zürcher Zeitung